

nr. 7 – nov/dez 2018

ecke köpenicker

[Seite 3/4](#): Studie zu Nutzungskonflikten liegt vor [Seite 7](#): Wieviele Schulstandorte braucht Mitte?
[Seite 10](#): Stadtforum am 12. November [Seite 11](#): Wilhelm Friedemann Bach und die Luisenstadt



*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 10. Dezember. Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail am Heizkraftwerk Mitte in der Köpenicker Straße. Gewonnen hat Eveline Seifert – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Mitte bekommt Beschwerdestelle im Jobcenter

Wer Probleme mit dem Jobcenter in Mitte hat, kann sich jetzt an eine Ombudsperson wenden. Damit gibt es erstmals eine unabhängige Beschwerde- und Schlichtungsstelle im Bezirk Mitte für Menschen, die vom Jobcenter betreut werden und bei Konflikten dort nicht weiterkommen. »Sie nimmt Anregungen und Kritik entgegen, erklärt zu den Verfahren im Jobcenter und versucht in Konfliktfällen unbürokratisch und unparteiisch eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung ohne langwierige, belastende rechtliche Auseinandersetzungen zu finden«, teilt Bürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) mit. Zunächst gibt es eine Probephase von sechs Monaten. In dieser Zeit bietet die Ombudsstelle immer dienstags von 9 bis 12.30 Uhr in der Müllerstraße 16 Sprechzeiten an (aller-

dings nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter Telefon (0152) 22 58 50 32 oder E-Mail: ombudsstelle.jcbm@gmx.de). Die Beratung ist vertraulich, kostenfrei und der Kontakt zum Jobcenter erfolgt nur mit dem persönlichen Einverständnis der Rat oder Hilfe suchenden Person.

Die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf haben bereits vergleichbare Stellen.

Offene Mieterberatung

Die kostenlose Beratung der Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH für Mieter im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt, in den Erhaltungsgebieten Luisenstädtischer Kanal mit Umgebung, Köllnischer Park und Umgebung sowie für Mieter der mit öffentlicher Förderung sanierten Altbauten im Bezirk Mitte erfolgt derzeit im Pfarrsaal der St.-Michael-Kirche, Michaelkirchplatz 15 (Eingang an der Ostseite der Kirche): jeden Montag 15–18 Uhr, jeden 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin.

Termine

Büro KoSP

Für Fragen rund um das Sanierungsgeschehen steht das Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH) telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich hierzu an: KoSP GmbH, Andreas Bachmann, Telefon 33 00 28 39, Urte Schwedler, Telefon 33 00 28 44, luisenstadt@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Optionsraum III der Spreefeld eG im Wilhelmine-Gemberg-Weg 14. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter! Nachfragen und Kontakt: Volker Hobrack, Telefon 275 47 69
Nächstes Treffen: Di, 20. November

Stadtteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, Telefon 238 09 13, stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint kurz vor Weihnachten. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Konkrete Vorschläge für die Clubzone

Studie zu Nutzungskonflikten ist jetzt im Internet veröffentlicht



In ihrer Studie zu den Nutzungskonflikten in der Clubzone der Nördlichen Luisenstadt analysieren vier Masterstudenten der Humboldt-Universität nicht nur die Probleme im Gebiet, sondern identifizieren auch eine Fülle von konkreten Lösungsansätzen. Mit ausführlichen Anwohnerbefragungen, Vor-Ort-Beobachtungen und zahlreichen Expertengesprächen haben sie in den beiden letzten Jahren das Gebiet sehr genau studiert (siehe ihren Bericht auf Seite 4).

Jetzt ist die Studie veröffentlicht, mit einem »Vorwort aus der Verwaltung« des Präventionsbeauftragten von Mitte Thorsten Haas, sowie einem »Vorwort aus der Wissenschaft« von Christoph Sommer (Geograph) und Jörg Niewöhner (Professor am Institut für Europäische Ethnologie). Die Arbeit erscheint dabei zu einem Zeitpunkt, an dem Berlin gerade damit beginnt, auch die negativen Begleiterscheinungen des Tourismus wahrzunehmen und eine Politik zu entwickeln, die für mehr Akzeptanz dieses für die Stadt so wichtigen Wirtschaftszweiges sorgen will. »Unabhängig davon ist der hier vorliegende Bericht jedoch vor allem auch ein lesenswerter Beleg für eine sehr gelungene stadtforschende Arbeit«, heißt es im Vorwort.

Diese wird im Bezirk durchaus wahrgenommen. So ließ sich zum Beispiel auch Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel nachts von den Autoren durch das Gebiet führen und zeigte sich dabei vor allem an deren vielfältigen Lösungsansätzen interessiert. So schlugen die Autoren vor, diagonal über die Kreuzung Melchior- und Adalbertstraße eine Sperre aus Pollern zu ziehen und damit den Autoverkehr zum Abbiegen zu zwingen. Diese Maßnahme gehört heute eigentlich nicht mehr in den Standardkatalog der Verkehrsplaner, weil sie Verkehr nicht vermeidet, sondern zusätzlich erzeugt. An dieser Stelle aber würde sie verhindern, dass nachts Taxifahrer mit hoher Geschwindigkeit durch die Adalbertstraße brettern und die Anwohner aus dem Schlaf reißen. Das Verkehrskonzept der Nördlichen Luisenstadt schlägt hier lediglich einen verkehrsberuhigten Bereich vor, dabei war aber nur die Situation in den Tagesstunden gründlich untersucht worden. Weiterhin fordern die Autoren Tempo 30 auf der Köpenicker Straße, geschützte Fahrradstreifen auf der Brückenstraße sowie die Ausweisung von Taxiständen im Gebiet. Denn bis hinein in die Morgenstunden bilden sich vor den Clubs oft lange Schlangen von Taxis, die den Verkehr behindern und für Hupkonzerte sorgen, was wiederum den Stress der Anwohner erhöht.

Im Eingangsbereich des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße schlagen sie ein großflächiges Hinweisschild vor, mit dessen Hilfe die Clubbesucher auf die Lärm- und Schutzproblematik im Gebiet aufmerksam gemacht werden (siehe Abbildung auf Seite 4). Der U-Bahnhof soll demnächst saniert werden. Ähnliche Schilder könnten auch oben neben der »Dönerbox« installiert werden, wo bisher die »Clubkommission« auf sich aufmerksam macht, am Zaun des Biergartens »Republik Berlin«, auf dem Grundstück von Vattenfall sowie am Zaun des Vattenfall-Gemeinschaftsgartens. Weitere Vorschläge beziehen sich auf die Präsenz zu den besonders betroffenen Zeiten. Zum Beispiel könnte das Ordnungsamt an Wochenenden auch nachts im Gebiet auf Streife gehen – in einigen westdeutschen Städten wie Münster oder Iserlohn wird das so ähnlich mit Erfolg praktiziert. Auch der Einsatz »dialogorientierter Kräfte ohne spezielle rechtliche Kompetenz« wird vorgeschlagen: »Vor Ort agierende, unabhängig und allparteilich sowie ausschließlich mit kommunikativen Mitteln arbeitende Personen zur Konfliktprävention und -regulierung, die nicht den Polizei- und Ordnungsbehörden angehören.« Ein ähnliches Projekt gibt es im Bezirk bereits mit dem »Platzmanagement« auf dem Weddingener Leopoldplatz. Aber auch andere Städte hätten hier schon Erfahrungen gesammelt: Amsterdam mit seinen »square hosts«, Interventionsgruppen in mehreren Schweizer Städten, vor allem aber München mit seinem »Allparteilichen Konfliktmanagement«.

Das ist nur ein kleiner Auszug aus Kapitel 5 der Studie, die sich mit den Handlungsoptionen beschäftigt. Die Autoren haben lange darüber diskutiert, ob sie solche Vorschläge überhaupt machen und damit den wissenschaftlichen Kernbereich der Konfliktanalyse verlassen wollen. Glücklicherweise sind sie so weit gegangen, denn damit sichern sie ihrer Arbeit auch die Aufmerksamkeit, die sie verdient. Nicht nur im Gebiet an der Köpenicker Straße, sondern auch in anderen Teilen der Stadt, in denen zunehmender Party-Tourismus sich zu einem Problem für die Anwohner entwickelt hat. cs

Den Abschlussbericht kann man im Internet unter hu.berlin/nutzungskonflikte herunterladen.

Im Foto: Taxischlange am Sonntagmorgen vor dem KitKatClub



M. Lange

Die Probleme differenziert beschreiben

Ergebnisse der Untersuchung zu Nutzungskonflikten in der Nördlichen Luisenstadt liegen vor

von Marc Lange, Marie-Louise Breinlinger-O'Reilly, Lou Klappenbach, Alexander Bankhofer

Wie bereits häufiger in der »Ecke Köpenicker« berichtet, sind in der Nördlichen Luisenstadt verschiedene Umstände Alltag, die insbesondere von Anwohnern als störend wahrgenommen werden. Es sind vor allem Lärm, Verschmutzung, Beeinträchtigungen im Straßenverkehr und Folgeprobleme des Betäubungsmittelkonsums, die problematisiert werden. Seit 2013 besteht der »Runde Tisch Köpenicker Straße«, um diese Belastungen im Austausch der lokalen Akteure sowie mit Vertretern der Verwaltung zu thematisieren und auf ein annehmbares Maß zu reduzieren. Trotz einiger Maßnahmen und Erfolge wird die Situation von Anwohnern weiterhin beanstandet. Zwar besteht ein Dialog und Informationsaustausch, der Fortschritt am Runden Tisch stagniert jedoch.

In Kooperation mit dem Präventionsrat des Bezirks Mitte begannen wir, eine Gruppe von Masterstudierenden der Humboldt-Universität zu Berlin, im Oktober 2016 eine wissenschaftliche Untersuchung der Situation. Der Auftrag war die Erarbeitung einer Problembeschreibung, da die bemängelten Umstände oft nicht einwandfrei voneinander abzugrenzen und die zugrundeliegenden Phänomene nicht klar identifizierbar waren. So führten wir zu Beginn verschiedene Recherchen und eine Befragung von über 300

Haushalten zur Störungswahrnehmung im Gebiet durch. Im Fokus stand jedoch die sogenannte Ethnographie. Dabei handelt es sich um eine qualitative Forschungsmethode, die sich ursprünglich in der Ethnologie entwickelte, heute aber fächerübergreifend in der qualitativen Sozialforschung angewendet wird.

Charakteristisch für die Methode sind vor allem die teilnehmende Beobachtung – die Teilnahme am Ort des Geschehens und das Erleben von Situationen von innen, aber mit einem Blick von außen – sowie das Führen ausführlicher Interviews. Konkret haben wir vor Ort Gebietsbegehungen zu allen Tages- und Nachtzeiten im Gesamtumfang von 160 Stunden durchgeführt, 25 Interviews mit Anwohnern und anderen Akteuren (u.a. mit Clubbetreibern und verschiedenen Behörden) geführt und unter anderem an den Sitzungen des Runden Tisches teilgenommen. Aus dieser umfangreichen Datenerhebung konnte eine Vielzahl von Erkenntnissen erarbeitet werden, die hier nur auszugsweise genannt werden können. Die durchgeführte Befragung zeigt, dass zwei Drittel der befragten Haushalte allgemein etwas in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung als störend oder belastend empfinden. Genauer betrachtet ist Lärm mit 39% die meistgenannte Störung, Verunreinigung/Müll und Drogen nannten jedoch nur 15% aller befragten

Die Studie macht auch eine Fülle konkreter Vorschläge, so die Einrichtung von großflächigen Hinweisschildern an vielen Stellen des Gebiets. Die Visualisierung stammt von den Autoren.

Haushalte als störend. Die Häufigkeiten schwanken allerdings ortsabhängig, besonders im Fall von Lärm und Drogen. Lärm ist auch über die Befragung hinaus zentral. Eindrucksvoll war beispielsweise die Beobachtung, wie die verkehrswidrige Taxischlange in der Brückenstraße zu Lärm und massiven Straßenverkehrsbeeinträchtigungen führt. Die häufige These, dass Gäste des A&O Hostels eine wesentliche Quelle nächtlicher Ruhestörungen darstellen, erwies sich hingegen nicht. Allgemein kann festgehalten werden, dass in der Nördlichen Luisenstadt nebst einiger weiterer konfliktreicher Umstände vor allem störende Begleiterscheinungen eines vergnügungsorientierten Freizeitverhaltens Alltag sind. Generell spielten Aspekte über der lokalen Ebene, wie Beteiligung, Verwaltungshandeln, Gewerbe und Tourismus eine größere Rolle als angenommen; hier konnten zahlreiche Erkenntnisse gewonnen werden, beispielsweise eine deutliche Diskrepanz in der Wahrnehmung des Gebietes zwischen der Verwaltung und den Anwohnern, und wie es zu dieser kommt.

Die vollständige und ausführliche Darstellung der Ergebnisse enthält der kürzlich veröffentlichte Abschlussbericht der Untersuchung. Zentral ist dabei eine differenzierte Problembeschreibung. Diese stellt detailliert dar, was genau problematisiert wird, welche Phänomene das alltägliche (und vor allem nächtliche) Geschehen mit sich bringt und wie diese teilweise zu Störungen und Konflikten führen. Der Bericht führt neben einer detaillierten Darstellung der Ausgangslage, Fragestellung und Methoden außerdem zahlreiche lösungsorientierte Handlungspotenziale auf.

Hervorheben möchten wir an dieser Stelle das Engagement von Thorsten Haas vom Präventionsrat. Er moderiert nicht nur den Runden Tisch seit einigen Jahren mit viel Geduld und Verständnis, sondern ist mit dem Identifizieren der Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung sowie mit der resultierenden Forschungskooperation auch einen Weg gegangen, der für die Verwaltung äußerst unüblich ist und von besonderem Einsatz zeugt. Wir sind zuversichtlich, dass der Runde Tisch Köpenicker Straße neue Dynamik entwickeln kann und sich Verbesserungen einstellen – und hoffen, dass die Ergebnisse der Untersuchung einen Beitrag dazu leisten können.

Kommentar

Zwischen 1918 und 1938

Zwei runde Jahrestage geben mehr denn je Anlass zum Nachdenken

Dieser 9. November 2018 ist ein besonderer Gedenktag: Denn zwei gravierende deutsche Ereignisse haben an diesem Datum einen »runden« Jahrestag. Die Novemberrevolution von 1918 und die Ausrufung der ersten deutschen Republik jähren sich zum 100. Mal, die Pogrome am 9. November 1938 zum 80. Mal. Gerade im heutigen Bezirk Mitte gibt es viele Orte, die mit diesen Ereignissen verknüpft sind: in den Mietskasernen der Armenviertel in Moabit, im »roten Wedding« oder Alt-Mitte, in Quartieren des Elends und ewigen Existenzkampfes, lebten viele, die sich dem Aufstand der Arbeiter, Soldaten und Matrosen 1918 anschlossen. In Mitte tobten etliche Straßenkämpfe, von hier aus wurde die Republik verkündet.

Mitte war aber auch ein wichtiges Zentrum jüdischen Lebens, und gerade in den Armenvierteln, etwa in der Nähe des Alexanderplatzes und der Synagoge in der Oranienburger, aber auch in Moabit und Wedding lebten viele jüdische Berliner, betrieben kleine Läden oder Betriebe. Hier gab es eine aktive jüdische Gemeinde mit sozialen Einrichtungen und kleinen Synagogen, wüteten die Nazipogrome exzessiv. In Mitte, in der Großen Hamburger Straße befand sich später eines der berüchtigten großen Sammellager für jüdische Berliner, die deportiert wurden. Vom Moabiter Güterbahnhof in der Levetzowstraße aus fuhren die Deportationszüge direkt in die Vernichtungslager.

In Mitte, aber auch in anderen Bezirken, wird mit zahlreichen Veranstaltungen des Novemberpogroms 1938 und der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung gedacht. Neben vielen kleineren Veranstaltungen, auch mit Schulen in Mitte, wird es in der Levetzowstraße eine große Gedenkkundgebung geben, gefolgt von der Demonstration eines breiten antifaschistischen Bündnisses.

Es ist, natürlich, eine dreiste Provokation, dass die rechte Organisation »Wir für Deutschland« ausgerechnet an diesem Tag zu einem »Trauermarsch« unter dem Motto »Für die Opfer der Politik« aufruft, Ort: Mitte, Start am Washington-Platz hinter dem Hauptbahnhof. Und zu Recht wird von vielen gefordert, diesen Aufmarsch gar nicht erst zuzulassen. Sollte dies doch geschehen, ist an diesem Tag mit vielen Protesten und Gegendemonstranten zu rechnen. Was für ein 9. November, an dem Nazis wieder auf die Straße gehen! Auffällig ist allerdings auch, dass an das andere gravierende Ereignis, die Novemberrevolution vor 100 Jahren, doch eher erhalten erinnert wird – ganz anders als beispielsweise 500 Jahre Reformation, die 2017 durchaus üppig begangen wurden. Doch auch wenn die Revolution und die Weimarer Republik letztlich scheiterten, war es immerhin die erste demokratische Republik in Deutschland. Gerade jetzt ist ein genauer Blick auf die Vergangenheit wichtig – vor allem auf die Zeitspanne zwischen 1918 und 1938. Denn lediglich zwanzig Jahre liegen zwischen beiden Jahrestagen, zwischen den Hoffnungen der jungen Demokratie und dem Beginn der Barbarei. Gerade jetzt, in Zeiten in denen Antisemitismus und Fremdenhass ganz offen zutage treten, in denen nahezu überall in Europa rechte Nationalisten und Populisten nach der Macht drängen, muss man daran erinnern, wie dünn der Firnis der Zivilisation ist und dass auch eine vermeintlich stabile Demokratie immer wieder neu gelebt und verteidigt werden muss.

us

Bildecke



Ch. Eckert

Abschied vom alten Diesterweg-Schulbau?



Ob am ehemaligen Standort des Diesterweg-Gymnasiums im Brunnenviertel ein Pionierprojekt realisiert werden kann, ist derzeit höchst ungewiss. Zwar kümmert sich seit über sechs Jahren die Initiative »ps wedding« um den Erhalt des markanten Schulbaus aus den 1970er Jahren und dessen Umbau zu einem lokalen Nachbarschaftszentrum inklusive kostengünstigem Wohnraum. In den letzten zwei Jahren tritt das Projekt aber spürbar auf der Stelle und jetzt scheint sein Ende eingeläutet zu sein: Im Bezirk werden derzeit der Abriss und die Errichtung eines neuen Schulgebäudes auf einem Teil des Grundstücks geprüft.

Im Sommer 2011 zog das Gymnasium in einen frisch sanierten Altbau in der Böttgerstraße, seitdem steht das alte Schulgebäude an der Swinemünder Straße weitgehend leer. Die Sporthalle ist zwar offiziell noch in Betrieb, aber baufällig und immer wieder geschlossen. Die Musikschule nutzt noch einen Ergänzungsbau als Ausweichquartier, während ihr Standort in der Weddinger Ruheplatzstraße renoviert wird. Doch zurück bleibt ein leer stehender, in die Jahre gekommener Schulbau, der den Geist der bildungsreformerischen Aufbruchzeit nach 1968 atmet: »demokratische Schulen für eine demokratische Gesellschaft«. Die Berliner Architekten Pysall, Jensen und Stahrenberg hatten hier ursprünglich ein Oberstufenzentrum geplant mit flexiblen Klassenräumen und verschiebbaren Wänden, großzügigen Gemeinschaftsflächen und öffentlichen Nutzungen wie der Stadtteilbibliothek und der Volkshochschule. Damit sollte die Schule mit dem Quartier verflochten werden, allerdings zu dem Preis hoher Betriebskosten und einem hohen Flächenverbrauch pro Schüler, der das Schulgebäude in den »roten Nullerjahren« der 2000er auf die Abschlusliste der Schulpolitik katapultierte.

Im Jahr 2011 lag der Bodenwert im Brunnenviertel noch bei 380 Euro pro Quadratmeter. Als sich zwei Jahre später das Projekt »ps wedding« formiert hatte, stand er bei 420 Euro. Dessen Idee, in dem Schulgebäude ein Nachbarschaftszentrum mit Wohnanteil aufzubauen, fand im Bezirk viele Freunde. Das »Mietshäusersyndikat« war mit von der Partie und auch die Schweizer »Stiftung Edith Maryon« war bereit, mit Stiftungskapital einzutreten – sowohl das wirtschaftliche und architektonische Knowhow als auch das notwendige Startkapital waren also vorhanden. 2014 beschloss das Bezirksamt Mitte einen neuen Bebauungsplan aufzustellen, der an dieser Stelle auch Wohnungen ermöglichen sollte. Die BVV Mitte votierte einstimmig für das Projekt. Damals war noch diskutiert worden, das Max-Planck-

Gymnasium unweit der Jannowitzbrücke zu schließen, weil der Senat vorgegeben hatte, eine zusätzliche Oberschule im Bezirk Mitte dicht zu machen. Dem Tagesspiegel gegenüber hatte sich der damals für Stadtentwicklung zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek (CDU) zum Diesterweg-Bau wie folgt geäußert: »Eine Weiternutzung als Schule können wir ausschließen.«

Anfang 2016 war der Bodenwert schon auf 900 Euro pro Quadratmeter gestiegen und sollte sich bis Jahresende auf 1.800 Euro verdoppeln. Unter anderem durch die Flüchtlinge war inzwischen klar geworden, dass Berlin viel zu wenig Schulen hat. Bei der Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung stellte sich heraus, dass zusätzlich zu den alten Annahmen bis zum Schuljahr 2022/2023 in Mitte fast 2000 Grundschüler und rund 800 Oberschüler mehr unterkommen müssen. Die Verhandlungen mit der Initiative »ps wedding« liefen zwar offiziell weiter, die vereinbarte Übertragung des Grundstücks wurde aber hinausgezögert. Der Bezirk gab die Flächen nicht frei. Auf dem Grundstück bestünden noch bezirkliche Fachnutzungen – die Sporthalle, die erst aufgegeben werden könne, wenn auf dem Gelände der benachbarten Vineta-Grundschule eine neue Sporthalle fertiggestellt sei. Und die Musikschule müsste nach einer Übertragung des Grundstücks etwa 1.400 Euro mehr Miete im Monat entrichten, so begründete die zuständige Stadträtin Sabine Smentek im Dezember 2015 diese Haltung.

Am 1. Januar 2018 stand der Bodenwert im Brunnenviertel bei 2500 Euro/qm – sechseinhalb mal so viel wie Anfang 2011. Bauflächen in Berlin sind inzwischen extrem rar – auch für Vorhaben der öffentlichen Hand. Im Februar tauchte der Standort auf einer Liste des Senats für den Bau von Modulen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF) auf. Zwar fanden im Juli noch offizielle Besprechungen zu den Modalitäten der Grundstücksvergabe mit der Initiative statt. Im August wurde aber ein Schreiben der Staatssekretärin für Finanzen Margaretha Sudhof bekannt, wonach die Planung mit ps wedding durch den Beschluss zur Errichtung des MUF-Standortes überholt sei. Nach einem erneuten Wassereinbruch im Keller der Sporthalle erklärte Bezirksstadtrat Spallek der Presse gegenüber schließlich, eine Sanierung des Gebäudes komme nicht mehr in Frage. Es folgten öffentliche Proteste, eine Kundgebung und kritische Nachfragen auch in der BVV. Dort fand sich zuletzt eine Mehrheit aus SPD, CDU, AfD und FDP, die den Abriss des Schulgebäudes mitträgt. cs

Grundstücke sind wie Goldstaub

Wie viele Schulen braucht Mitte?

Der Zuzug nach Berlin schwächt sich allmählich ab. Das zeigen die neuesten Zahlen des Landesamtes für Statistik und das sagen die Demoskopien schon seit längerem voraus. Brauchen wir also doch nicht so viele Schulen? Oder steht der Bezirk Mitte tatsächlich unter enormem Druck, in den kommenden Jahren möglichst viele zusätzliche Schulstandorte zu entwickeln?

Tatsächlich wuchs Berlin zwischen Juli 2017 und Juli 2018 »nur« um rund 35.000 Bewohner, also deutlich schwächer stark als noch im Jahr 2016, als noch gut 60.000 zusätzliche Einwohner registriert worden waren. Verglichen mit den Jahren vor der Flüchtlingskrise zeigt der Trend allerdings nicht so stark nach unten – damals wuchs Berlin in jedem Jahr um etwa 40.000 Bewohner. Ob der von den Demoskopien prognostizierte allmähliche Rückgang der Zuwanderung tatsächlich eintritt, kann man daher noch nicht genau sagen. Sie argumentieren, dass außer in Frankreich, Großbritannien und Skandinavien überall in der EU die »mobilen Jahrgänge« der jungen Erwachsenen am Ende ihrer Berufsausbildung Jahr für Jahr dünner werden. Es gibt also immer weniger EU-Bürger um die 30, die nach Berlin ziehen könnten. Im Bezirk Mitte jedenfalls wächst die Bevölkerung nicht mehr so schnell wie vor einigen Jahren – zuletzt »nur« noch um rund 5.500 Bewohner (wovon rund 5.000 keinen deutschen Pass haben). Im Jahr 2012, als es hier noch vergleichsweise reichlich bezahlbaren Wohnraum gab, kamen noch rund 8.000 zusätzliche Einwohner hinzu.

Der starke Zuzug junger Erwachsener der Vergangenheit wirkt sich jedoch auf die Zahl der Kinder aus, die in Mitte groß werden. So wurden im Bezirk zu Anfang des Jahrzehnts jährlich noch etwa 3.400 bis 3.500 neu geborene Kinder gemeldet – aktuell sind es etwa 3.900 bis 4.000 pro Jahr. Und diese starken Jahrgänge machen den Schulplannern große Probleme. Zwar ziehen etliche Familien mit Kindern im Vorschulalter aus Mitte auch wieder weg, aber dieser Rückgang fällt heutzutage tendenziell schwächer aus als noch vor einigen Jahren. Man findet eben einfach nicht mehr so leicht eine Familienwohnung in Außenbezirken. Zudem sind viele der Zuwanderer aus dem Ausland aus ihrer alten Heimat enge Wohnverhältnisse gewohnt. Ohne diese Zuwanderung jedenfalls ging in den 2000er Jahren die Zahl der Kinder, die in Mitte eingeschult wurden, zurück. In Mitte wurden deshalb etliche Schulen geschlossen. Doch diese Entwick-



lung hat sich inzwischen komplett umgekehrt. Wurden zum Beispiel im Jahr 2009 noch etwa 2.700 Kinder in Mitte schulpflichtig, so waren es 2017 schon mehr als 3.300, also etwa 600 Kinder mehr – etwa so viele, wie eine komplette vierzügige (also große) Grundschule aufnehmen kann. Und in den nächsten Jahren werden es eher noch mehr. Der Geburtsjahrgang 2016 umfasst in Mitte 4.200 Kinder und dürfte unter den Schulplanern regelrecht Panik auslösen. Wahrscheinlich spielt hier aber auch der Sondereffekt des Flüchtlingsommers 2015 eine Rolle, denn 2017 wurden wieder nur etwa 3.900 Neugeborene registriert. Dennoch steht die Bezirkspolitik stark unter Druck, neue Schulstandorte zu schaffen.

Die Welle drängt inzwischen von den Kindergärten in die Grundschulen, wo neue Kapazitäten geschaffen werden. Wo noch Platz auf dem Schulgelände ist, entstehen industriell gefertigte »Modulare Ergänzungsbauten«. Alte Grundschulstandorte werden reaktiviert (Adalbertstraße, Zwinglistraße), neue kommen hinzu (Europacity, Reinickendorfer Straße), es wird aufgestockt und angebaut, wo es nur geht. Klar ist zudem, dass sechs Jahre nach den Grundschulen auch die Oberschulen in Raumnöte kommen werden. Zwei neue Standorte sind schon in Planung: in der Sellarstraße auf dem landeseigenen Gelände der Werksfeuerwehr von Bayer, sowie in der Pankstraße 70, wo die ehemalige Oberschule am Brunnenplatz reaktiviert werden soll (gegenwärtig leben hier Flüchtlinge in einer Notunterkunft). Dennoch fehlen nach den Berechnungen des Bezirks mittelfristig fast 2.000 zusätzliche Schulplätze in Integrierten Sekundarschulen (ISS). Das sind vier vollständige Schulen für die Klassenstufen 7–10. Geprüft wird derzeit, das Seniorenpflegeheim des Jüdischen Krankenhauses in der Schulstraße 97 abzureißen und dort einen Schulbau zu errichten. Doch ausreichen wird das nicht. Deshalb steht die Reaktivierung des alten Standortes des Diesterweg-Gymnasiums auch wieder auf der Tagesordnung. Dass die meisten der neuen Schulstandorte im Altbezirk Wedding angesiedelt sind, mag dabei Zufall sein. »Das Bezirksamt ist auf das Vorhandensein entsprechender Grundstücke angewiesen«, teilte uns der für Schule zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek mit. »Gerade in der Mitte der Mitte sind unbebaute und verfügbare Grundstücke mit einer Größe von mindestens 12.000 qm fast wie Goldstaub.« cs

Mit der Rikscha durch den Kiez

Der Verein »Radeln ohne Alter« lädt die Bewohner von Seniorenheimen zu kostenlosen Ausflügen ein

Frau Fischer kommt mit leuchtenden Augen von ihrem kleinen Ausflug zurück. Es ist einer dieser fast unwirklichen Herbsttage im Oktober: sommerwarm, blitzblauer Himmel, das Laub leuchtet in Herbstfarben. Eine Stunde war Frau Fischer, eine muntere Frau mit weißem Haar, in den Rehbergen unterwegs und hat das sichtlich genossen. Es ist ihre alte Heimat: Sie ist im Wedding geboren und aufgewachsen. Für ihr Alter ist sie sehr fit, sie ist früher viel Fahrrad gefahren und ging gern schwimmen. Sie liebt den Park, die Rehberge und den Plötzensee. In ihrer alten Heimat ist sie geblieben – nur lebt sie inzwischen im Diakonischen Pflegewohnheim Schillerpark in der Weddinger Müllerstraße und solche Ausflüge wie heute würde sie nicht mehr allein bewältigen können. Aber in Klaus Vagts Rikscha sitzt sie komfortabel, mit freiem Blick nach vorn, und kann die Fahrt entspannt genießen.

Klaus Vagt ist einer von derzeit drei »Rikschapiloten«, die regelmäßig jede Woche das Pflegewohnheim besuchen, um interessierte Bewohner zu kleinen Rikscha-Ausflügen in die Umgebung mitzunehmen. Und das zu jeder Jahreszeit – im Winter dann eben schön warm eingemummelt. Die Ausflüge dauern ca. anderthalb Stunden und sind ganz individuell, je nachdem, wohin es den Fahrgast gerade zieht – in den Park, entlang der Panke, zum Plötzensee oder auch mal zu jenem Haus, in dem sie lange wohnten.

Das ehrenamtliche Projekt gibt es seit Mai 2017 für das Pflegewohnheim und es erfreut sich großer Beliebtheit – so sehr, dass die Nachfrage die zeitlichen Kapazitäten der RikschafahrerInnen deutlich übersteigt. Sie bräuchten dringend Verstärkung und hoffen, durch etwas Öffentlichkeit den einen oder anderen Mitstreiter dafür zu gewinnen. Es ist eine Initiative des Vereins »Radeln ohne Alter«, das auch in anderen Städten Standorte hat, in Berlin sind es derzeit fünf. Der Verein stellt auch die Christania-Rikschas.

Für alle ist es ein Gewinn: in erster Linie natürlich für die Menschen, die hier ihren



Lebensabend verbringen. Viele von ihnen kommen aus eigener Kraft kaum vor die Tür, ganz zu schweigen von Ausflügen, etliche sind körperlich beeinträchtigt, auf Rollatoren angewiesen. Die Ausfahrten ermöglichen ihnen einen viel größeren Bewegungsradius im Kiez und in der Natur. Auch Bettina Kowalski, die im Pflegewohnheim als Ergotherapeutin die Bewohner betreut, freut sich über das Projekt: »Sie sind auf uns zugekommen und wir haben das gern angenommen. Für die Bewohner hier ist es eine echte Bereicherung.« Denn auch hier ist das Personal mit der täglichen Arbeit mehr als ausgelastet, für solche zusätzlichen Angebote bliebe gar keine Zeit. Und der Rikschafahrer selbst? Klaus Vagt hat sichtlich Spaß an dieser ehrenamtlichen Arbeit. Auch er genießt trotz körperlicher Belastung und der hohen Verantwortung die Ausfahrten in der frischen Luft und die Weddinger Natur. Er mag seine Fahrgäste und lernt ganz unterschiedliche Charaktere kennen, und natürlich hört er auch viele Geschichten seiner Fahrgäste.

Und die haben einiges zu erzählen, auch in der kleinen Runde, in der sie gerade im Aufenthaltsraum zusammensitzen. Die meisten von ihnen haben sehr lange im Wedding gelebt. Da ist der Herr, der früher so gern gekocht hat, und dem sie per Modernisierung die Miete seiner langjährigen Wohnung von 650 auf 1150 Euro erhöhten. Eine Summe, die er unmöglich zahlen konnte. Die Wohnung im Soldiner Kiez, in die er dann zog, wurde während seiner Krankenhausaufenthalte zweimal ausgeraubt. Da ist die ältere Dame, die seit 40 Jahren im Wedding lebt und wunderbare Erinnerungen daran hat,

wie es früher in den Rehbergen war: das Wildgehege, das Café, in dem man zu Mittag essen konnte, die beliebte Freilichtbühne, wo sie oft Aufführungen von Stücken oder Musik erlebte. Und Frau Fischer zieht es natürlich oft zum Strandbad Plötzensee, wo sie immer schwimmen gehen möchte, wenn das ginge. Einmal, kichert sie, sind sie sogar am Nacktbadestrand vorbeigefahren, sie fand das lustig. Klaus Vagt erzählt liebevoll von seinen Fahrgästen, mit denen er manches Lustige erlebt – etwa mit dem Mann, den er durch eine Kleingartenanlage fuhr und vergeblich versuchte, ihn für die Flieder- und Jasminpracht zu begeistern. Doch der Mann wollte hier nur eines, nämlich nochmal den Mazda bewundern, den er hier gesehen hatte. Und manches stimmt auch traurig, wie jene alte Dame, die vor dem Haus, in dem sie so lange gewohnt hatte, sagte: »Ich komme wieder ...«

Denn natürlich, so schön das Pflegewohnheim mit seinem grünen Hof und so gut die Betreuung auch ist – es ist eben doch nicht dasselbe wie die Autonomie in den eigenen vier Wänden. Die Rikscha-Ausflüge ermöglichen es ihnen aber immerhin, geliebte und vertraute Orte aufzusuchen und in Kontakt mit ihrem Kiez zu bleiben. us

Wer mehr wissen und vielleicht auch ehrenamtlicher »Rikschapilot« werden möchte, kann sich auf der Website www.radelnohnealter.de ausführlich informieren. Dort gibt es auch Tutorials für Interessierte, die noch keine Rikscha gefahren sind. Berliner Projektkoordination: Diro Orth, diro@radelnohnealter.de

Berlin 18/19

Neue Ausstellung im Märkischen Museum

In allgemeinen bundesrepublikanischen Gedanken scheint das Jahr 1918 fast ein wenig unterzugehen. Dabei war und ist es von so großer Bedeutung, für die gesamte Republik und insbesondere auch für Berlin: das Ende des Ersten Weltkriegs, der Matrosenaufstand, die Novemberrevolution, die Abdankung des Kaisers, die Ausrufung der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden. Eine Sonderausstellung im Märkischen Museum widmet sich nun ab dem 23. November den Geschehnissen der Novemberrevolution in Berlin und ihren bis heute sichtbaren Nachwirkungen unter dem Titel »Berlin 18/19 – Das lange Leben der Novemberrevolution«. Es ist »eine Entdeckungsreise in die revolutionäre Hauptstadt der neu entstehenden Republik«.

Nach dem Untergang des Kaiserreichs begann in Berlin zwischen Herbst 1918 und Frühjahr 1919 der Aufbruch in eine moderne Demokratie. Was passierte nach dem 9. November 1918 an der Spree? Wie sah der Revolutionsalltag der Berlinerinnen und Berliner aus? Welche Vorgeschichte hatte der Januaraufstand von 1919, und warum wurden im März desselben Jahres ganze Stadtviertel zum Bürgerkriegsgebiet? Die Sonderausstellung zeigt das großstädtische Leben in der Revolutionsphase und beleuchtet die Hintergründe der Gewalteskalation. Über 100 Jahre hinweg dienten die damaligen Ereignisse zwischen Idealisierung und Dämonisierung als Motiv für die Kunst sowie

als politisches Kampfmittel und Legitimationsinstrument. Das Stadtmuseum Berlin präsentiert das lange Leben der Novemberrevolution anhand faszinierender Ausstellungsstücke multimedial und überraschend. Im »Studio Revolution« setzen sich zudem Jugendliche aus ihrer Perspektive mit Revolution und Protest in der Gegenwart auseinander. Zusammen mit Künstlerinnen, Künstlern und Museumsfachleuten haben sie als Junior-Kuratoren Ursachen und Wirkungen gesellschaftlicher Umwälzung untersucht und daraus Beiträge entwickelt, die sie im Rahmen der Sonderausstellung präsentieren.

Öffnungszeiten

Bis 19. Mai 2019, Di–So 10–18 Uhr, Eintrittspreis: 7,- ermäßigt 4,- Euro (inkl. Audio-guide), bis 18 Jahre frei. Jeden 1. Mittwoch im Monat Eintritt frei

Sehr sehenswert ist auch die Ausstellung »Fensterordnungen – Fotografien von André Kirchner 2001–2016«, die das Märkische Museum noch bis 19. Dezember zeigt. Die zweite Präsentation im neu eingerichteten Foto-Grafischen Kabinett führt in die Gegenwart und zu den enormen Veränderungen, die Berlin immer wieder durchläuft. Mit seiner Serie untersucht der Fotograf André Kirchner eines der Ur-Motive der Fotografie, das Fenster, er besuchte mit der Kamera Areale kurz vor oder kurz nach baulichen Veränderungen oder Abriss. Leere Fensterhöhlen, Baupläne, Gerüste und Kräne kündeten von dieser Transformation. In seinen Bildern stoßen unterschiedlichste Zeitschichten aufeinander.



Vorschläge für die Bezirksverdienstmedaille 2018 erbeten

Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin zeichnen auch für das Jahr 2018 wieder Personen mit einer Bezirksverdienstmedaille aus, die sich mit ihrem ehrenamtlichen Engagement und/oder mit ihren persönlichen Leistungen in herausragender Weise um den Bezirk Mitte von Berlin verdient gemacht haben. In jedem Jahr werden bis zu acht Personen mit der Bezirksverdienstmedaille ausgezeichnet. Vorschläge für die Bezirksverdienstmedaille mit einer ausführlichen Begründung und Angaben zur Person können bis zum 31.12.2018 von allen Bürgerinnen und Bürgern eingereicht werden. Sie sind an die Geschäftsstelle beim Bezirksbürgermeister, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin zu richten. Telefon 901 83 26 30, Fax 90 18 48 83 21 01 bezirksbuergemeister@ba-mitte.berlin.de Bitte fügen Sie eine ausführliche Begründung mit Angaben zur Person bei.

AbfallFREitag!

Die BSR ruft am 16. November zum ersten Berliner Abfallfreitag auf. Dieser Aktionstag soll für die nächsten Jahre etabliert werden. Alle sind an diesem Tag dazu aufgerufen, mit Ideen und Maßnahmen Abfall zu vermeiden. Auch Handel, Restaurants, Cafés, Bäckereien, Berliner Unternehmen und Institutionen sind angesprochen. Damit will die BSR zum Auftakt der »Europäischen Woche der Abfallvermeidung« ein Zeichen gegen den konsumorientierten »Black Friday« setzen. Gestalten Sie den Abfallfreitag mit und machen Sie ihn bekannt, auch über die Sozialen Netzwerke! Dazu hält die BSR auf ihrer Website www.bsr.de viele Tipps bereit, wie man mit einfachen Maßnahmen Müll vermeidet.

Kunstort Bärenzwinger

Vom verwaisten Tiergehege zum Kunstort: Seit über einem Jahr ist der Bärenzwinger im Fachvermögen des Kulturamts Mitte, in dieser Zeit wurden im Rahmen eines Volontärsprojekts des Kulturamts sieben Ausstellungen gezeigt. Das Projekt wird noch bis Ende Januar vom Senat mit insgesamt 110.000 Euro finanziert. Stadträtin Sabine Weißler will den Standort nun dauerhaft nutzen: Nach Abschluss der zweijährigen Zwischennutzung soll hier ein »Praxisort für wissenschaftliche Volontäre« entstehen.



StadtUmland!

Nächstes Stadtforum am Montag, 12. November

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, lädt am 12. November zum Stadtforum »StadtUmland! Gemeinsam wachsen« ins Auditorium Friedrichstraße ein.

Berlin wächst – und das Wachstum der Stadt hört an der Landesgrenze nicht auf. Die Brandenburger Landeshauptstadt Potsdam ist nur wenige Bahnminuten entfernt. Immer mehr Menschen pendeln täglich über die Landesgrenze, es gibt zahlreiche wirtschaftliche und Verkehrsverflechtungen. Nach der gescheiterten Länderfusion 1995 ist es nun längst überräumlich, Berlin und das Brandenburger Umland als eine gemeinsame Region mit gemeinsamen Chancen, Zielen und Aufgaben zu verstehen.

Eine integrierte stadtregionale Betrachtung ist eine wichtige Voraussetzung, um die gesamte Region nachhaltig zu stärken. Wo wären beispielsweise geeignete Orte, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen? Welche Verbesserungen und Erweiterungen braucht das öffentliche Regionalbahnnetz? Welche erfolgreichen Kooperationsformate gibt es bereits heute und welche braucht es zukünftig zwischen den unterschiedlichen Akteuren, wie den Ländern Berlin und Brandenburg, den Bezirken, Kommunen und Landkreisen?

Im Stadtforum diskutieren Akteure aus Berlin und Brandenburg zu den Schwerpunkten Wohnen, Mobilität und Freiraum und nehmen dabei die Herausforderungen sowie Chancen des Wachstums der Großstadtregion in den Fokus.

Nach Einführungsvorträgen und einem kleinen Podiumsgespräch kann in drei Foren diskutiert werden, wie die Zukunft der Großstadtregion gestaltet werden kann. Deren Themen sind: »Durch Orte zum Leben die Stadtregion weiterentwickeln«, »Durch Mobilität die Stadtregion nachhaltig verbinden« und »Durch Freiraum mehr Lebensqualität in der Stadtregion schaffen«. Zum Abschluss widmet sich ein Podiumsgespräch der Frage: »Vom wir zum WIR! Wie kommen wir zu mehr Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg?« Das Stadtforum ist, wie immer, eine öffentliche Veranstaltung, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Diskutieren Sie mit am 12. November 2018 ab 18 Uhr im Auditorium Friedrichstraße!

Ch. Eckert

Konferenz: »Obdachlosigkeit in Berlin«

Am 17. 11. findet auf dem Areal der »Teepeeland«-Siedlung/»Spreefeld«-Genossenschaft eine Konferenz zum Thema »Obdachlosigkeit in Berlin – vom lokalen zum globalen Phänomen« statt.

Sie wird folgende Aspekte thematisieren:

- die gegenwärtige Situation der Obdachlosen in Berlin
- den globalen Kontext der Obdachlosigkeit
- die Perspektiven »informeller Siedlungen« innerhalb Berlins
- die Frage nach Lösungsansätzen zur Verbesserung der Situation von Obdachlosen

Die Veranstaltung wird als Kooperation von »Teepeeland«-Bewohnern und dem Bildungsträger »Robert-Tillmanns-Haus« durchgeführt und beinhaltet auch eine Exkursion durch das Teepeeland.

Auf der Konferenz sollen sowohl »Leute vom Fach« als auch Betroffene und BürgerInnen zu Wort kommen und sich miteinander austauschen. Es wird eine schriftliche Nachbereitung der Konferenz erfolgen, die allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt wird.

Die Konferenz wird von 10 bis etwa 16 Uhr dauern. Ort: »Teepeeland«-Siedlung/»Spreefeld«-Genossenschaft, am Spreeufer (am Ende des Wilhelmine-Gemberg-Wegs, rechts)

Die Teilnahmegebühr beträgt 10 Euro und beinhaltet die Versorgung mit alkoholfreien Getränken vor Ort. Eine Anmeldung ist erforderlich, bitte Mail an: nrollmann@rth-berlin.de oder niko.rollmann@gmx.de

Nachrichten aus dem Bezirk

Neue Besetzung im Bezirksamt

Nun ist es offiziell: Sandra Obermeyer (parteilos, für die Linke), bisher Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste und damit auch zuständig für das Thema Zweckentfremdung von Wohnraum, wechselt zum 1. Dezember zu Senatorin Katrin Lompscher (Linke) in die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Dort wird Sandra Obermeyer die seit Monaten unbesetzte Leitung der für Wohnungsbau, Stadterneuerung und Soziale Stadt zuständigen Abteilung IV übernehmen.

Ihr Nachfolger im Bezirksamt soll der langjährige BVV-Verordnete Sven Diedrich (Linke) werden. Bisher war der 54-Jährige, der früher etliche Jahre in der Mieterberatung arbeitete, noch als persönlicher Referent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen für Bürgerbeteiligung zuständig. Der neue Stadtrat wird voraussichtlich in der Bezirksverordnetenversammlung Ende Dezember gewählt.

Neuer Amtsleiter

Seit Mai war die wichtige Stelle des bezirklichen Schul- und Sportamts nicht besetzt – die letzte Amtsleiterin hatte nach einer sechsmonatigen Probezeit ihr Rückkehrrecht in die Senatsverwaltung und Sport wahrgenommen. Daraufhin musste die Stelle neu ausgeschrieben werden, es folgte die obligatorische langwierige Prozedur samt Auswahlverfahren. Neuer Amtsleiter wird nun Thorsten Lütke, der im Bewerbungsverfahren als bester Kandidat beurteilt wurde. Lütke war zuvor seit der Wahl von Stephan von Dassel zum Bezirksbürgermeister dessen persönlicher Referent im Rathaus. Erfahrungen mit seinem neuen Ressort und der Verwaltung sammelte er zuvor als langjähriger Verordneter der SPD in der BVV Mitte.

Fälscher und Genie

Der begabteste Sohn von Johann Sebastian Bach lebte zehn Jahre lang in Berlin und starb hier 1784

In den Berlinischen Nachrichten heißt es am 17. Mai 1774 über ein improvisiertes Konzert:

»Vergangenen Sonntag hat sich Herr Wilhelm Friedemann Bach, einer der größten Orgelspieler Deutschlands, vormittags in der St. Nicolai-, und nachmittags in der St. Marienkirche, öffentlich und mit ausgezeichnetem Beifall der Kenner und des Publikums hören lassen. Alles was die Empfindung berauscht, Neuheit der Gedanken, frappante Ausweichungen, dissonierende Sätze, die endlich in einer Grausamen Harmonie starben – Force, Delikatesse, kurz dieses alles vereinigte sich unter den Fingern dieses Meisters: Freuden und Schmerzen in die Seele seiner feinern Versammlung hinüberzutragen.«

Welche in der Luisenstadt beerdigte Persönlichkeit mag die bedeutendste gewesen sein? Oder die berühmteste? Vielleicht war es Wilhelm Friedemann Bach, auch wenn heute nur noch sein großer Vater Johann Sebastian allgemein bekannt ist. Friedemann Bach starb als Berliner, aber bis heute ist er Freunden klassischer Musik als »Hallescher Bach« ein Begriff.

War Friedemann ein Epigone oder ein Originalgenie, eine verquere Erscheinung oder ein großer Komponist? Er war von all dem etwas, hauptsächlich aber war er der größte Organist seiner Zeit.

1710 wurde Friedemann in Weimar geboren und sein Schicksal war es, der älteste Sohn von Johann Sebastian zu sein. Das Komponieren sowie Orgel- und Klavierspielen lernte er von seinem Vater und der erhoffte das Höchste von ihm. Nicht zu Unrecht, denn auf beiden Instrumenten wie auch im Kontrapunkt war er sehr früh ein großer Meister.



1746 kam er nicht nur als Orgelspieler, sondern auch als »Director Musicae« an die Marienkirche nach Halle. Fast 20 Jahre blieb er dort und schrieb ungefähr 30 Kirchenkantaten. Mit 53 Jahren kündigte Friedemann ohne Aussicht auf eine neue Stelle.

Von nun an schlug er sich als freiberuflicher Musiker durch und war womöglich sogar der erste. 1745 schrieb er die wichtigste Sonate vor Beethoven. Dunkle Gerüchte gab es über ihn. So heißt es, er habe, als das Geld seiner Frau aufgezehrt war, die geerbten Manuskripte seines Vaters und auch seine eigenen verschrobenen Werke unter dessen Namen verkauft, sei also ein Betrüger und Fälscher gewesen. Aber selbst Carl Friedrich Zelter pries den Pianisten und Organisten, der für die jungen Leute stundenlang improvisierte:

»Er spielte, was ihm eben zu Gedanken kam, und je länger er spielte, je prächtiger, sicherer, ergreifender wirkte er auf uns Jüngere. Auf Flügeln, Fortepianos und Clavieren habe ich ihn öfters so bewundern müssen, wiewohl ich ihn niemals eine Note von seinem Vater spielen hörte, was jeder wünschte.«

Etliche Geschichten wurden über ihn erzählt, aber historisch verbürgt sind sie nicht. Er soll so zerstreut gewesen sein, dass er silbernes Besteck mitgehen ließ, sonntags in der Kirche auf die Musik wartete, anstatt sie zu spielen; er soll Frau und Kinder misshandelt haben und dem Alkohol verfallen sein.

»Alle diese Not brachte ihm sein roher Sinn, sein starrer Künstlerstolz, seine ungeheure Zerstretheit und sein mürrisches, zanksüchtiges Wesen, das im Trunke, dem er ergeben war, alle Rechte jeder Bürgerlichkeit und Ordnung verletzte.«

Sein Biograf Hanno Ehrler stellt die Frage, ob er in seiner Haltung nicht Beethoven ähnelte, nur dass es für Friedemann Bach noch nicht die Rolle des freien Künstlers gab. Die musste er als Erster vorleben. Er war kein braver Untertan, sondern widersetzte sich den Institutionen, seine Musik ordnete er nur seinem eigenen Anspruch unter.

1774 bis 1775 wohnte er im ehemaligen Jägerhof, der am Hausvogteiplatz Ecke Oberwallstraße stand. Dort erinnert seit 2012 eine Gedenktafel an Friedemann. Kurz vor 1765 schrieb er zwölf Polonaisen, die nicht nur auf Beethoven und Chopin, sondern sogar schon auf die Intermezzi von Brahms einstimmen. Durch seine Musik weht die frische Luft der Zukunft.

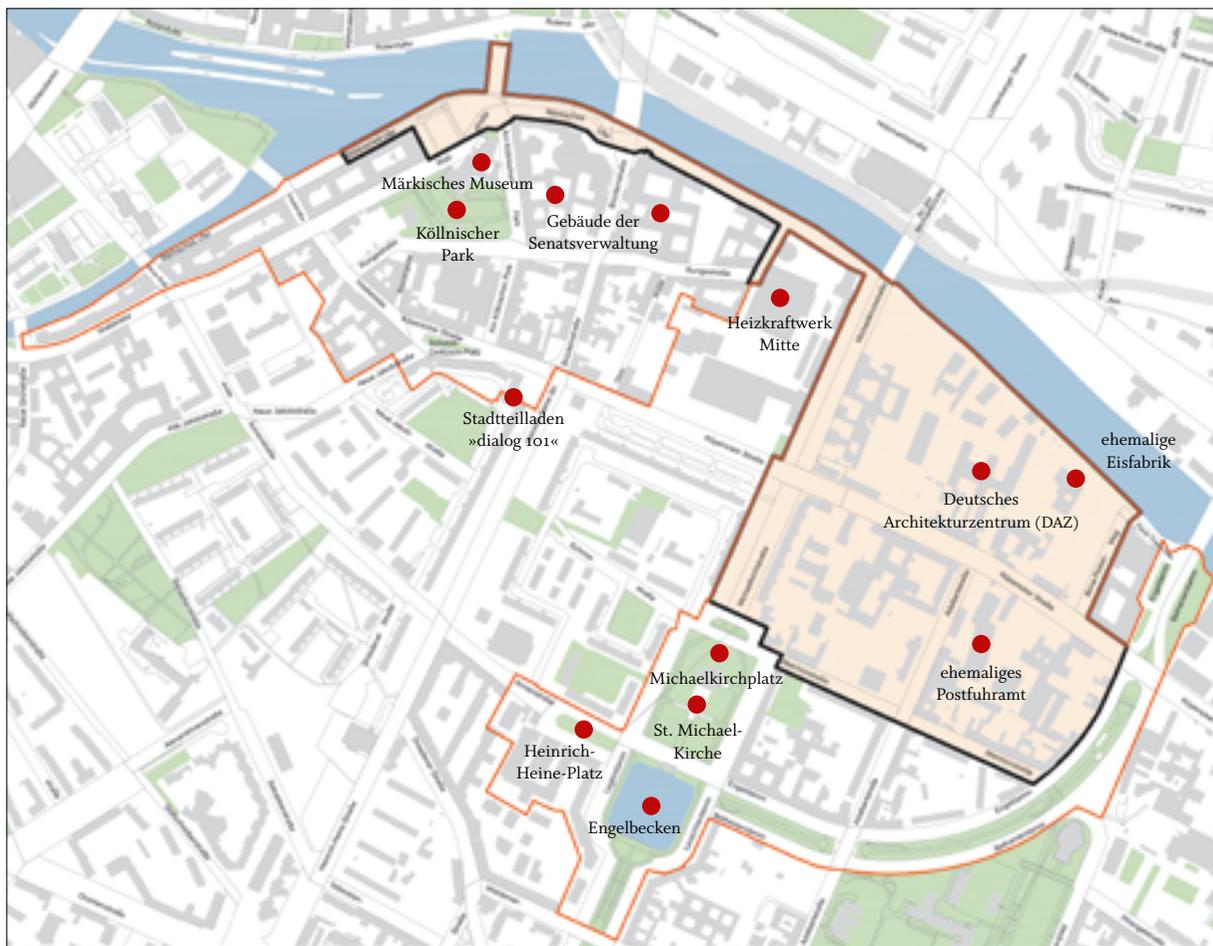
Er starb 73jährig in seiner Berliner Wohnung in ärmlichen Verhältnissen. Zehn Jahre hatte er in Berlin gelebt, begraben wurde er auf dem Luisenstadt-Kirchhof neben der Luisenstädtischen Kirche. Der Kirchhof wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eingeebnet. Heute erinnert eine Stele im Luisenstädtischen Kirchpark mit einem Porträt an den Künstler und das verlorene Grabmal.

Sein Schicksal hat viele Musiker, Schriftsteller und Journalisten bis heute fasziniert. Am bekanntesten wurde der Roman von Albert Emil Brachvogel über ihn, der wiederum in der Verfilmung von und mit Gustaf Gründgens zusätzlich populär wurde. Aber noch mindestens vier weitere Schriftsteller schrieben Biografien, die sich genauso wenig um sein Leben scherten wie die Oper von Paul Graener.

Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zum Stadtpaziergang »Lilienthal & Co.« ein (Start 15 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker), 2h/€12,-, min. 5 Teilnehmer, Anmeldung erforderlich, Telefon (0176) 20 21 53 39. <http://falko-hennig.blogspot.de>

Aus der Luisenstadt in die Welt: Das Relief von Nikolaus Bode erinnert seit 2002 auf dem früheren Kirchhof an der Sebastianstraße an den Halleschen Bach und ziert auch diese CD von 2017.



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsbereiche

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,
 Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
 Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
 (030) 90 18-446 00
 ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin,
 Stadtentwicklungsamt,
 Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
 kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
 reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
 anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
 wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
 und Wohnen
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
 joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
 und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
 bachmann@kosp-berlin.de
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
 schwedler@kosp-berlin.de
 www.luisenstadt-mitte.de

Betreuung Programm Städtebaulicher
 Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
 birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat
 um 18.30 Uhr, Ort bitte erfragen
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
 bzw. bv.luisenord@gmail.com
 www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
 buero@buergerverein-luisenstadt.de
 www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungs-
 gebiet und in den Erhaltungsbereichen
 Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag
 mit Rechtsanwältin)
 Pfarrsaal der St. Michael Kirche,
 Michaelkirchplatz 16
 Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
 Tel 443 38 10
 www.mieterberatungpb.de